

EINBLICK

NACHRICHTEN AUS OBERSCHWABEN UND BERLIN

EDITORIAL



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Nachrichten aus Irland verheißen nichts Gutes. Wieder steht die Zukunft des Euro-Raums auf dem Spiel. Wieder hat Schwarz-Gelb die Gelegenheit verpasst, rechtzeitig offen zu legen, vor welchen Herausforderungen wir in Europa stehen. Und mit jedem Land, das sich unter den 750-Milliarden-Rettungsschirm der Gemeinschaft flüchtet, steigt das Risiko für den Steuerzahler, am Ende für die Verfehlungen gieriger Manager und die verzagte Politik der Bundesregierung haften zu müssen.

Wie schon im Falle Griechenlands stellt sich nun auf der grünen Insel die Frage, wer am Ende die Zeche zahlt. Auch Irland wird harte Sparmaßnahmen ergreifen müssen. Doch wird man dort so unausgewogen sparen wie in Deutschland? Der aktuelle Bundeshaushalt belastet vor allem die Schwächeren, z.B. Eltern und Arbeitslose. Es gibt nachhaltigere und gerechtere Wege, Schulden zurückzufahren und in die Zukunft zu investieren. Dafür steht die SPD.

Herzlichst Ihr

Martin Gerster MdB

INHALT

Unter anderem in dieser Ausgabe:

Bundesregierung verschläft Infrastrukturausbau in Oberschwaben Seite 2
Südbahn-Ausbau kommt eventuell erst bis 2017 Seite 3



Der Bundeswehr-Standort Ummendorf: Opfer schwarz-gelber Politik?

Zukunft der Bundeswehr-Standorte bleibt weiter ungewiss

Berlin/Landkreis - Die Verkleinerung der Bundeswehr ist beschlossene Sache. Das Gutachten der Strukturkommission fordert deutliche Einsparungen im Verteidigungsministerium und bei der Armee. Nach Stand der Dinge wird 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt. Was bedeutet das für die Bundeswehrstandorte in Laupheim und Ummendorf?

Die Menschen vor Ort haben ein Recht zu erfahren, was auf sie zukommt. Schließlich hängen zahlreiche Arbeitsplätze an der Präsenz der Bundeswehr. Ein Teil der Laupheimer Heeresflieger leistet in Afghanistan unter Gefahr für Leib und Leben Dienst. Gerade ihnen und ihren Familien schuldet die Bundesregierung eine Antwort, wie es weitergeht.

Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg hat angekündigt, sich bis zum Frühsommer nicht zur möglichen Aufgabe der beiden Standorte zu äußern. Dahinter steht das durchschaubare politische Kalkül, vor den im März anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg keine weiteren Wähler zu verprellen.

Augenscheinlich fürchtet Schwarz-Gelb ohnehin, massiv an Stimmen zu verlieren.

Im Bund stellt sich das zuständige Ministerium gegenüber den Sorgen der betroffenen Kommunen taub. So hat Minister zu Guttenberg eine Einladung des Laupheimer Bürgermeisters Rainer Kapellen zu einem Vor-Ort-Termin bei den Heeresfliegern brüsk zurückgewiesen. Offensichtlich fehlt Schwarz-Gelb auch hier jedes Fingerspitzengefühl für die Befindlichkeiten der Truppe, der zivilen Angestellten und ihrer Angehörigen – ebenso wie für die Lage der Gemeinden, denen wirtschaftlicher Schaden durch die Schließungen droht.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie frohe Weihnachten und erholsame Feiertage!
Ihr Martin Gerster MdB

Bundesregierung verschläft den Infrastrukturausbau in Oberschwaben

Berlin/Landkreis - In einigen Gemeinden unserer Region Oberschwaben und am Bodensee warten die Menschen sehnsüchtig auf die Umsetzung lange angekündigter Projekte zur Verkehrsentlastung. Allzu oft stand die schwierige Finanzsituation der öffentlichen Hand einem schnellen Spatenstich im Weg. Die jüngst veröffentlichten Zahlen zur Steuerschätzung deuten an, dass sich neue finanzielle Spielräume eröffnen. Zum Wohle unserer Region müssen wir sie nutzen.

Mein Landtagskollege Norbert Zeller und ich haben deshalb an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer geschrieben. Wir fordern, einen Teil der erwarteten Steuermehreinnahmen von 61 Milliarden Euro in Verkehrsinfrastrukturprojekte zu investieren und damit im nächsten Jahr für die Ortsumgehungen B 311 Unlingen, die B 30 Ravensburg-Süd, die B 31 Friedrichshafen und die B 31 Überlingen den Spatenstich zu machen.

Die im Finanzausschuss des Bundestages vorgestellte und beratene Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung belegt eindeutig, dass mit 61 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen zu rechnen ist. Auch in den Folgejahren sind deutlich höhere Einnahmen zu erwarten, weswegen die schwarz-gelbe Regierung jetzt die



Ein gewohntes Bild in der Region: Autostaus durch fehlende Ortsumgehungen

Chance hätte, sowohl die Neuverschuldung zu senken als auch etliche Verkehrsprojekte voran zu bringen. In der aktuellen Situation ist das eindeutig wichtiger als kurzfristige Steuererleichterungen.

Laut einer neuen Zusammenstellung des Regierungspräsidiums belaufen sich die Gesamtkosten für die Ortsumfahrung Unlingen B 311 auf 12 Millionen Euro, für die Ortsumfahrung Ravensburg B 30 auf 48 Millionen Euro, für die B 31 Friedrichshafen auf 68 Millionen Euro und für die Umfahrung Überlingen B 31 auf 31 Millio-

nen Euro. Die ganzen Beträge verteilen sich auf mehrere Jahre, so dass aus unserer Sicht bei entsprechendem politischen Willen der schwarz-gelben Bundesregierung jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Zusage zum Baubeginn 2011 gewesen wäre.

Auch der Druck aus der Bevölkerung wächst: Viele Initiativen und Einzelpersonen setzen sich für die Realisierung dieser Infrastrukturprojekte ein. Wir werden sie darin unterstützen, die CDU- und FDP-Abgeordneten in Bund und Land nicht aus dem Schneider zu lassen.

Kreisverkehr Ziegelwiese eröffnet

Landkreis - Gut ein Jahr, nachdem ich im Verkehrsministerium der damaligen Staatssekretärin Karin Roth die Unterschriften von über 1500 Bürgerinnen und Bürgern aus Bad Wurzach übergeben habe, ist der Kreisverkehr für den Verkehr freigegeben worden.

Ein sehr schöner Erfolg für die Bürgerinitiative, die sich im Sommer letzten Jahres an mich gewandt hatte und um Unterstützung für das Projekt bat. Noch während des Bundestagswahlkampfes hatte ich einen Termin im Verkehrsministerium vereinbart, bei dem ich der damaligen Staatssekretärin Karin Roth (SPD) die Unterschriften von 1516 Wurzacherinnen und Wurzachern übergeben habe. Dabei konnte ich Karin Roth von der Dringlichkeit der Maßnahme überzeugen. Nur kurze

Zeit später erhielt ich die Nachricht vom Baubeginn.

Ende November 2010 war es dann soweit: Der Kreisverkehr konnte eröffnet werden. Leider musste ich in Berlin an Abstimmungen teilnehmen, so dass ich bei

der kleinen Feier nicht dabei sein konnte. Aber jedes Mal, wenn ich durch den Kreisverkehr fahre, freue ich mich, dass wir diese Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger erreicht haben und der Unfallschwerpunkt entschärft werden konnte.



Hier noch im Bau, inzwischen fertig: Der Kreisverkehr in Bad Wurzach.

Schwarz-gelbe Alleingänge: Südbahn-Ausbau eventuell erst bis 2017

Landkreis - Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn brennen den Menschen unserer Region unter den Nägeln. Immer wieder wurde das Projekt auf die lange Bank geschoben. Immer wieder habe ich von den Verantwortlichen verlangt, dass endlich Taten folgen. Nun deuten erneut Indizien darauf hin, dass es größere Schwierigkeiten gibt, das Projekt zeitnah umzusetzen.

Hatte Landesminister Rudolf Köberle noch 2009 angekündigt, bis 2015 seien Ausbau und Elektrifizierung abgeschlossen, sieht CDU-MdB Andreas Schockenhoff eine Baufertigstellung frühestens bis 2017.

So will er jedenfalls Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer verstanden haben, der bei einem Gesprächstermin im Bundesverkehrsministerium Anfang November ein entsprechendes Zeitfenster in Aussicht gestellt haben soll. Andere Gesprächsteilnehmer wollen laut einem Bericht der Stuttgarter Zeitung jedoch von einer verbindlichen Zusage nichts mitbekommen haben.

Seltsam mutet überdies an, dass diese Besprechungen im Bundesverkehrsministerium ausschließlich mit CDU-Abgeord-

neten geführt wurden. Augenscheinlich will man unbequeme SPD-Parlamentarier nicht dabei haben.

Bislang konnte man davon ausgehen, dass dieses Schienenprojekt ein parteiübergreifendes Anliegen aller Vertreter unserer Region ist. So lange die SPD den Verkehrsminister stellte, war es gute und

übliche Praxis, auch die CDU-Mandats-träger zu allen Besprechungen zur Südbahn einzuladen. Schade, dass gerade beim Ausbau der Südbahn Parteipolitik inzwischen wichtiger ist als die eigentliche Sache. Anders ist der Ausschluss der SPD-Abgeordneten vor der Landtagswahl nicht zu erklären.



Martin Gerster MdB setzt sich vehement für den raschen Südbahn-Ausbau ein

SPD-Landtagskandidat Franz Lemli rechnet zu Martini ab

Laupheim - Der Tradition des Martins-tages folgend, lud der Laupheimer SPD-Ortsverein auch 2010 zum Politischen Martini in das Adolf-Kolping-Haus in Laupheim. Als Gastredner konnten der SPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis Biberach, Franz Lemli, sowie der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner gewonnen werden. Die Moderation übernahm Frederic Striegler, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Laupheim.

In seiner Rede befasste sich Franz Lemli mit einem Jahr schwarz-gelber Regierungen auf Bundes- und Landesebene. Der schwarz-gelben Koalition in Berlin warf er vor, dringliche Probleme auszusitzen und parteipolitischen Strategien unterzuordnen, anstatt sie konsequent anzugehen. Ebenso äußerte Lemli seinen Unmut darüber, dass die Landesregierung längst überfällige Projekte – beispielsweise in Verkehr und Infrastruktur – auf die lange Bank schiebe und die Bevölkerung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröste.



Franz Lemli im Gespräch mit Gästen des Politischen Martini in Laupheim

Eingehend befasste sich Franz Lemli, im Hauptberuf Polizeihauptkommissar, mit den Ereignissen rund um die Demonstrationen und Proteste gegen Stuttgart 21. Das Innenministerium habe die Beamtinnen und Beamten beim Einsatz im Schlossgarten allein gelassen: „Einem Ministerpräsidenten muss klar sein, dass wenn Bäume gefällt werden, dies ein besonders heikler Moment ist. In so einem Fall sollte Präsenz gezeigt werden, und sowohl Ministerpräsident als auch Innen-

minister müssen sich öffentlich vor ihre Polizisten stellen.“ Hier habe das Kabinett Mappus versagt.

Der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner sprach besonders den aktuellen Kurs der Bundesregierung an, zunehmend finanzielle Belastungen auf die Kommunen umzulegen. Er forderte unbedingt den Erhalt der kommunalen Gewerbesteuer. Hier sei generell ein Umdenken erforderlich: Den Kommunen müsse mehr finanzieller Spielraum gegeben werden, da diese direkt den Alltag der Bürger bestimmen. Stattdessen würden Bund und Länder weiterhin mehr Aufgaben an die Kommunen abgeben und sie im Gegenzug mit der Finanzierung alleine lassen.

In einer erfrischenden Rede zeigte Gönner auf, wie sich mangelnde Handlungsbereitschaft der gegenwärtigen Regierungen direkt auf die Politik in einer Stadt wie beispielsweise Ulm auswirke und wie man aus vergangenen Großprojekten in Deutschland die entsprechenden Lehren für Stuttgart 21 ziehen könne.

Politischer Martini in Wolfegg

Pressenachlese aus der Schwäbischen Zeitung vom 17.11.2010

Wolfegg (gh) - Zum Politischen Martini hatte die SPD-Bundestagsfraktion nach Wolfegg eingeladen. „Wege aus der Finanzkrise“, ein Vortrag des Bremer Bundestagsabgeordneten Dr. Carsten Sieling, sollte im Mittelpunkt stehen, doch die Tagespolitik in Berlin, mit namentlicher Abstimmung zur Gesundheitsreform im Bundestag, verschob die Gewichte.

Seit mehr als einem Jahrzehnt gehört der Politische Martini zu den festen Veranstaltungen der SPD im Landkreis. Ins Leben gerufen von Rudolf Bindig, damaliger Bundestagsabgeordneter und zu der Zeit Kreisvorsitzender der SPD, und seinem Kollegen Matthias Weisheit, hat sich der Politische Martini längst als ein beliebter Treffpunkt etabliert. Fester Bestandteil der



Martin Gerster MdB mit Referent Dr. Carsten Sieling MdB (Mitte), den SPD-Kandidaten Peter Clement (links) und Christel Ulmer sowie dem Kreisvorsitzenden Otto Ziegler (2. von links)

Martinisierung ist die „SPD-Kultband“ Hansi Hanf, immer in roten Westen, mit Musik zum Schwofen.

Als klar wurde, dass Referent Sieling erst mit erheblicher Verspätung in Wolfegg eintreffen würde, übernahm der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster den weiteren Part des Programms.

In früheren Zeiten war der Martinstag ein Tag der Abrechnung, erklärte Gerster, und das passe auch heute noch. Viel Lob verteilte er an den neuen Kreisvorsitzenden Otto Ziegler, Markenzeichen roter Schal, der sich mit „unglaublich großem Engagement“ ins Zeug gelegt habe.

Mit Peter Clement (Isny) und Christel Ulmer (Ravensburg) seien in beiden Wahlkreisen hochmotivierte Kandidaten zur Landtagswahl aufgestellt – unterstützt von ihren Ersatzkandidaten Otto Ziegler und Fabian Börner.

„Wo steht die SPD und wie geht es weiter?“, fragte Gerster, und dann unternahm der eloquente Redner einen Streifzug durch die aktuelle Landes- und Bundespolitik. In Kurzinterviews fühlte der stellvertretende Kreisvorsitzende Dr. Michael Hermann den Landtagskandidaten Clement und Ulmer auf den Zahn. Beide versicherten, schon mitten im Wahlkampf zu sein. Clement, Mediziner und Kreistagsmitglied, legt seinen Schwerpunkt auf die Gesundheitspolitik und den Erhalt kleinerer Krankenhäuser. Die Erzieherin Christel Ulmer sieht die Bildungspolitik als ihren Schwerpunkt.

Wenn auch verspätet, traf Dr. Carsten Sieling ein. Die verlorene Zeit holte er mit einer Stakkatorede ein, in der er die Politik der schwarz-gelben Koalition geißelte. Außerdem sprach er von globalen Ungleichgewichten und setzte sich für eine Finanztransaktionssteuer ein.

Berlinreise 2011: Die Gewinner stehen fest!

Landkreis - Im zu Ende gehenden Jahr bin ich wieder in rund 20 Gemeinden von Tür zu Tür gegangen, um mit möglichst vielen Menschen vor Ort persönlich über Politik zu sprechen und Anliegen aufzunehmen. Dabei habe ich wieder über 1.000 interessante und sympathische Menschen an ihrer Haustür angetroffen.

Neben roten Rosen und verschiedenen Mitbringseln erhalten alle Bürger dabei eine Teilnahmekarte zur Verlosung von zehn viertägigen Reisen für zwei Personen

nach Berlin. Vor wenigen Tagen haben wir die zehn Gewinner ausgelost. Eine Einladung zu einer politischen Informationsfahrt nach Berlin erhalten:

Philipp Schwarz aus Arnach, Martin Waizenegger aus Aichstetten, Marion Koerth aus Bad Buchau, Stefanie Bantle und Maria Missel aus Rissegg, Wilfried Schönegg aus Biberach, Therese Pratzwich aus Schemmerhofen, Karl Neubrand aus Mittelbiberach, Claudia Christ aus Bellamont und Karin Jerg aus Mietingen.

Herzlichen Glückwunsch – ich freue mich darauf, Sie in Berlin zu begrüßen!



Peer Steinbrück Bild: spdfraktion.de

Peer Steinbrück liest in Ravensburg

Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück liest am Mittwoch, 8. Dezember, um 20 Uhr im Schwörsaal im Waaghaus (Marienplatz 28) in Ravensburg aus seinem neuen Buch „Unterm Strich“. Schonungslos analysiert Steinbrück darin die aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Lage Deutschlands. Der Sozialstaat ist ernsthaft gefährdet, lautet sein Fazit. Es sei höchste Zeit, das Land aus der Misere zu führen – durch eine Neuerfindung der Politik.

Organisiert wird die Lesung von der Buchhandlung Ravensbuch. Eintritt 8 Euro, mit Ravensbuch-Card 5 Euro.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Martin Gerster MdB

Büro Berlin

Deutscher Bundestag
11011 Berlin
Telefon (030) 227 74711
Telefax (030) 227 76721
Mail: martin.gerster@bundestag.de

Bürgerbüro Biberach

Poststraße 7
88400 Biberach
Telefon (07351) 300 3000
Telefax (07351) 300 3001
Mail: martin.gerster@wk.bundestag.de

Redaktion und Layout

Berlin:
Beate Klein
Oliver Stegemann
Alexander Geisler
Biberach:
Wolfgang Heinzl

Die Redaktion freut sich über Ihre Kritik und Ihre Anregungen!